

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 13 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbeanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 201.

Dresden, Sonnabend den 30. August 1913.

24. Jahrg.

Zur Steuerfrage.

(Schluß.)

Sp. Die Sozialdemokratie muß besonderen Ton auf solche Steuern legen, die die Grundrente in erster Linie treffen. Hierin gehören Grundsteuern, Erbschaftssteuern und Vermögenssteuern, die den fundierten Besitz belasten. Eine gleichmäßige Belastung des Profits und der Grundrente ermöglicht den Grundbesitzern wenigstens einen Teil der Vermögenssteuer auf den Pächter abzuwälzen. Dagegen belasten Einkommensteuern den Profit stärker als die Grundrente.

Wir könnten ferner einer speziellen Steuer auf den Zins in der Form einer Sondersteuer auf Großbanken oder einer Kapitalrentensteuer oder Aktienrentensteuer zustimmen, insbesondere auf den Zins, der aus auswärtigen Kapitalanlagen herrührt. Es ist aber hier zu beachten, daß eine solche Steuer sehr leicht den Profit statt den Zins treffen wird. Es ist nämlich zu beachten, daß für das Gedeihen eines Unternehmens weder sehr hohe Kurse der Aktien noch sehr niedrige vorteilhaft sind. Steht der Kurs sehr hoch, so wird das Unternehmen von den Großaktionären monopolisiert und dadurch seine weitere Ausdehnung vielfach verhindert. Das geschieht um so häufiger, als die hohen Kurse der Aktien auch hohe Dividenden zur Voraussetzung und Folge haben, die aber eine wirtschaftliche Schwächung des Unternehmens bedeuten. Niedrige Kurse der Aktien aber verhindern den Kapitalzufluß. Deshalb können Steuern auf Aktiengewinnen, die den Zins treffen wollen, leicht verhängnisvoll für die Entwicklung werden.

Dagegen sehen wir keinen Grund, der gegen eine spezielle Steuer auf Kartelle, Syndikate und Trusts spricht. Eine solche Steuer muß naturgemäß nach der Höhe des Gewinns dieser Gesellschaften abgemessen sein. Durch eine derartige Steuer kann man die Kartellrente, d. h. den Extraprofit dieser Gesellschaften treffen. Die Frage ist nur die, wie die Kartelle, die die verschiedenartigsten Formen annehmen, zu treffen sind. Unseres Erachtens könnte man durch eine gut ausgebildete Vermögens- und Einkommensteuer das monopolistisch herrschende Kapital, das entsprechend höhere Dividenden einheimt, durch schärfer heranziehen. So z. B. wenn ein Kohlenbergwerk bei entsprechend niedrigem Vermögen höheren Profit aufweist, so kann man sicher sein, daß es eine Grundrente bezieht. Ähnlich kann man bei vielen anderen Unternehmungen feststellen, daß sie auf irgendeine Weise einen Monopolgewinn erhalten. Einfach liegt es in solchen Fällen, wo das Unternehmen offen den Stempel eines trustartigen Gebildes trägt, wie bei dem Kohlen Syndikat.

Man könnte allerdings glauben, daß eine solche Steuer die Kartelle veranlassen würde, die Preise ihrer Produkte noch mehr zu erhöhen. Das trifft aber nicht zu. Denn die Kartelle erheben schon in der Regel die höchstmöglichen Preise. Sie richten sich in ihrer Preisbestimmung entweder danach, ob eine weitere Preissteigerung nicht einen Konsumrückgang zur Folge haben würde, oder sie bestimmen die Preise nach den Produktionskosten der unter ungünstigsten Bedingungen arbeitenden Betriebe. Da aber diese Betriebe, die von den Kartellen nur einen indirekten Nutzen haben, von der Steuer möglichst geschont bleiben müssen, so könnte eine spezielle Kartellsteuer die Preise der kartellierten Produkte nicht erhöhen. Da die Kartellrente die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, so könnte sie eine gute Steuerquelle für den Staat bieten.

Vom Gesichtspunkte des wirtschaftlichen Fortschritts aus betrachten wir auch die Frage der direkten Steuern. Die Sozialdemokratie fordert allerdings direkte Besitzsteuern. Damit sagt sie aber keineswegs, daß sie sich mit der Staatswirtschaft, sobald der Staat direkte Besitzsteuern erhebt, abfinden will.

Die Sozialdemokratie fordert vom Staate, daß er den wirtschaftlichen Fortschritt fördern soll. Die liberale Demokratie von einst mochte die Rolle des Staates auf das Mindeste beschränken, ihm daher möglichst wenig Steuern gewähren. Die Sozialdemokratie will umgekehrt die Staatsfähigkeit möglichst ausdehnen. Nur darf sie kein Hindernis für die gesamte Entwicklung sein. Der Staat soll eine umfassende produktive Tätigkeit entfalten, die kulturelle Entwicklung und die wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu heben suchen, eine Kultur- und Sozialpolitik im weitesten Sinne treiben. Die heutige Wirklichkeit gibt uns aber ein ganz anderes Bild vom Staate. Der heutige Staat ist ein Militär- und Bürokratenstaat, der im Innere wie nach außen hin eine Gewalt Herrschaft führt. Die unproduktiven Kulturwidriger Ausgaben machen den weitesten Teil des Staats aus. Solange aber die gesamten Staatsausgaben sich in mäßigen Grenzen hielten, war diese staatliche Tätigkeit hauptsächlich loslöser, wirtschaftlich schädlich, als der Staat von den wirtschaftlich schwachen Elementen der Gesellschaft seine Einnahmen bezog, diese in ihrem Aufstieg verhinderte, ja vielfach ganz ruinerte. Direkte Steuern, die bloß die Bauernschaft belasteten, indirekte Klassenkonsumbelastung — das waren die Einnahmequellen des Staates. Daher mußte sich zuerst der Kampf der fortschrittlichen Demokratie gegen diese Steuern richten.

Die Ausbildung der direkten Steuern, die die Volksmassen belasteten, fiel dann auf verschiedene Schwierigkeiten. Dagegen blühten, um so mehr die indirekten Steuern und Zölle,

die nicht nur für den Staat eine Einnahmequelle waren, sondern auch die herrschenden Klassen bereicherten. Und es bedurfte der ganzen Verordnungsamkeit eines Kassas, um den Widerstand der Massen gegen diese Steuern zu wachen.

Seitdem führt nun die deutsche Sozialdemokratie einen heftigen Kampf gegen all jene Steuerarten, die den Massenverbrauch belasten. In diesem Geiste sind auch die Beschlüsse wie die Resolution Burms verfaßt. Nun hat sich aber die Sachlage heute geändert. Die bürgerlichen Parteien beginnen einzusehen, daß sie ohne direkte Besitzsteuern nicht mehr auskommen können und sind entschlossen, einen größeren oder geringeren Teil der steigenden Ausgaben auf sich zu nehmen. Daß die Junker und die neuzugewonnenen Feudalkasse, Kartell- und Bankmagnaten, dabei bestrebt sind, möglichst steuerfrei zu bleiben, widerspricht keineswegs diesen Tatsachen. Dies zeigt nur, daß die Mächtigen die Staatslast auf die Schultern der Schwächeren unter den bürgerlichen Massen abzuwälzen suchen.

Früher machte es nicht viel aus, ob der Mehrwert zum Teil gegen Luxusgegenstände, Schiffe u. a. ausgelassen, oder einfach verpulvert wurde. Heute wird der größte Teil des Mehrwerts akkumuliert und in der Produktion weiter verwendet. Heute bedeuten die angewachsenen Staatsausgaben ein sehr erhebliches, in einigen Ländern kaum überwindbares Gemisch des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts. Heute drohen der Militarismus und der Faschismus den Staat zurück in die Barbarei zu werfen, die Errungenschaften der Jahrhunderte zu vernichten. Deshalb muß heute der Ruf lauten: Halt! Fort mit dieser verschwenderischen Wirtschaft, ganz gleich, ob der Staat aus dem Lohne der Arbeiter zehrt oder dem Mehrwert seine Gelder entnimmt! Diese verschwenderischen, kulturfeindlichen Militär- und Gewaltstaaten können keinen Frieden, wenn dieser auch nicht direkt aus unserer Tasche genommen wird, weil die Ausgaben des Staates die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiter auf jeden Fall verschlechtern. Das muß unsere Lösung in der Agitation sein.

Es ist deshalb gut, wenn Burm in seiner Resolution unterstreicht, daß der Verwendungszweck für die Bewilligung der Steuern maßgebend sein muß. Die Zeiten haben sich geändert: Der Kampf gegen indirekte Steuern allein genügt nicht mehr.

Allein das allgemeine Prinzip: Diesem Staate keinen Frieden, reicht in der parlamentarischen Praxis allein nicht aus. Man muß zugeben, daß es Situationen gibt, in denen die Sozialdemokratie für gewisse Besitzsteuern stimmen kann. Solche Fälle können eintreten, wenn sie durch ihre Abstimmung dem finanziellen und wirtschaftlichen Fortschritt zum Siege verhelfen. Der Einführung von Besitzsteuern im Reich, die die Grund- und Kartellrente belasten, könnte sie zustimmen, weil dieser Fall ein bedeutender politischer Erfolg wäre. Die Massen werden dann diese Eingelastung leicht begreifen, weil sie in ihr eben eine Ausnahme, keine Regel sehen.

Ein weiterer Ausnahmefall kann eintreten, wenn wie es 1908/09 geschah, die Regierung eine Finanzreform durchzuführen will und dabei eine Reihe von indirekten Konsumsteuern vorschlägt. Dann könnte die Partei direkte Besitzsteuern vorschlagen, und wenn mit ihren Stimmen diese zur Annahme gebracht werden könnten, muß sie naturgemäß auch ihre Zustimmung geben. Wir haben nicht die Absicht, hier alle möglichen Fälle anzuführen, die etwa unsere Fraktion veranlassen könnten, für direkte Besitzsteuern einzutreten. Die Ausnahmen können selbst zahlreich sein, dürfen aber nie zur Regel werden. Diese muß gerade heute mehr als je sein: Fort mit dieser Schlanderwirtschaft! Nur eine Kultur- und Sozialpolitik können wir unterstützen, die Expansions- und Wachstums der heutigen Staaten müssen wir bis zum äußersten bekämpfen.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Maschinen- und Metallindustrie sowie in der chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niedergangs, der im Baugewerbe in vollem Maße empfunden wurde. Die Beschäftigtenzahlen waren im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stieg in 8 Monaten des Berichtsjahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und im Jahresdurchschnitt auf 122,4 Arbeitssuchende (1911: 121,1) pro 100 offene Stellen.

Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtmitglieder. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912: 2530 390 Mitglieder (gegen 2 320 066 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02 Prozent (1911 — 15,05 Prozent). In diesen Zahlen sind die

Arbeiter! Genossen!

Der Sommer geht zu Ende, die Abende werden länger, die Zeit beginnt, da der Mann der Arbeit mehr Muße findet, sich der Zeitungslektüre zu widmen. Das ist eine günstige Gelegenheit, um der

Dresdner Volkszeitung

neue Leser zu gewinnen.

Ein Jahr der Stagnation, der Unsicherheit im Handel und Wandel, der Kriegshege, der Balkanwirren und der allgemeinen europäischen Kriegsgefahr liegt hinter uns und es gilt nun,

mit verdoppeltem Eifer, mit verdreifachten Kräften

zu werden, zu agitieren, vorwärts zu kommen. Jeder neue Leser unserer Parteipresse wird ein neuer Parteigenosse und hilft, unser Heer zu verstärken.

Große Auseinandersetzungen zwischen Besitzenden und Besitzlosen kündigen sich an. Noch ist die Balkankrise kaum vorüber, da erhebt die

wirtschaftliche Krise

ihr Haupt und bedroht die Volksmassen mit Not und Arbeitslosigkeit. Die Krise bedeutet neue Erschütterungen des Wirtschaftslebens,

harte Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit

zwischen Staat und Sozialdemokratie.

In diesem Kampfe wird die Arbeiterpresse eine um so stärkere Waffe sein, je stärker unsere Leserschaft answillt. Die Arbeiterschaft wird um so erfolgreicher aus diesen Kämpfen hervorgehen, je erfolgreicher unser Werden unter den Lesern der gegnerischen Blätter ist. Die sozialdemokratische Presse hat ihre Pflicht erfüllt in den schweren Kämpfen, die hinter uns liegen. Sie hat die Kriegshege mit wuchtigen Streichen geschlagen und hat der Reaktion im Lande Niederlage um Niederlage beibringen helfen. So werden wir auch in den kommenden Kämpfen unsere Pflicht tun und um so gründlicher tun können, je eifriger wir von unsern Gesinnungsgenossen unterstützt werden.

Darum an die Arbeit, Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Nützt diese Zeit der erwachenden Leselust! Werbt neue Abonnenten für die

Dresdner Volkszeitung!

Flang, vor sich bin und maniere sich kann leichter den...
zu dem Zweck einen glänzenden Bild...
Es hätte vorher ein...
Sammelhefte...
diesem...
Seite